

Region Donau-Wald schlägt Alarm

Angesichts des Bevölkerungsrückgangs fordern Kommunalpolitiker mehr Hilfen des Freistaats

Straubing/Passau. Kommunalpolitiker aus Ostbayern fühlen sich angesichts der demografischen Entwicklung von der „großen Politik“ im Stich gelassen. Das wurde bei einer Sitzung des Planungsausschusses der Region Donau-Wald gestern in Straubing deutlich.

Jan Kurzidim vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hatte

zum demografischen Wandel angemerkt, in der Region Donau-Wald sei bei der Bevölkerungsentwicklung ab 2020 mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen. Größter Verlierer werde der Landkreis Regen sein, der bis 2028 (im Vergleich zu 2008)

mit einem Bevölkerungsminus von 13 Prozent zu rechnen habe. Auf Platz 2 folge der Landkreis Freyung-Grafenau (- 11,3 Pro-

zent). Aber auch die Stadt Passau (- 4) und der Landkreis Passau (-1) hätten mit Verlusten zu rechnen, während für den Landkreis Deggendorf ein geringes Plus von 1,4 Prozent prognostiziert werde.

„Die Zahlen hören wir zum 20. Mal, sie sind nicht neu und neu ist auch nicht, dass die Politik trotzdem nichts tut und sich nur in sinnlosem Gerede er-

geht“, kritisierte der Bischofsmäyser Bürgermeister Walter Nirschl. Die Politik bevorzuge die Metropolen, das flache Land werde ausgehungert: „Ich finde das unerhört.“ Die Politik sei gefordert, gerade in der Region Donau-Wald die Infrastruktur zu fördern.

Der stellvertretende Landrat von Freyung-Grafenau, Helmut Behringer, klagte gegenüber der

PNP: „Was die Wirtschaftsförderung und die Infrastruktur angeht, hat die Politik versagt.“ Seit 60 Jahren gebe es keine vernünftige Straßenanbindung zur Donau oder zur Autobahn hin.

Der Passauer Landrat Franz Meyer wiederum sieht alle politischen Ebenen gefordert. „Es geht nur miteinander“, sagte er - tl/stir/

Standpunkt/Bayern

Landflucht, keine Arbeit und verödete Dorfkerne

Planungsausschuss der Region Donau-Wald beschäftigt sich mit dem demografischen Wandel und sieht die Politik gefordert



Heinz Wölfi

terkollege Manfred Brunner (CSU) sieht bereits erste Erfolge von zukunftsorientierten Infrastrukturmaßnahmen. „Heute ist Niederbayern eine sich dynamisch entwickelnde Wirtschaftsregion mit vielfältigen Studien- und Arbeitsmöglichkeiten. Die hervorragende Resonanz der Wirtschaft auf die Technologietransferzentren in Cham, Markt Teisnach und Freyung zeigen zwei Dinge: Unsere Unternehmen verfügen über eine hohe Innovationsbereitschaft und die Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Wissenschaft eröffnet ungeahnte Entwicklungspotenziale“, so Brunner.

Bürgermeister Walter Nirschl (Bischofsmais) meinte, die Politik bevorzuge die Metropolen, das flache Land werde ausgehungert: „Ich finde das unerhört.“ Mit den



C. Bernreiter

Arbeitslosen werden Augenwischerei betrieben: „Unserere Leute pendeln schließlich. Die Politik sei gefordert, insbesondere die Infrastruktur zu fördern.“

Eine Arbeitslosenquote von drei Prozent klinge zwar „bombastisch“, so stv. Landrat Willi Killinger (Regen), auf der anderen Seite stehe aber ein Auspendleranteil von 30 Prozent. Der Landkreis tue alles, um der demografischen Entwicklung zu begegnen, habe mit der Fachhochschul-Außenstelle Teisnach an Attraktivität zugelegt. „Aber auch in anderen Bereichen muss noch mehr getan werden.“

Regens Landrat Wölfi mahnt zur vernünftigen Analyse: „Für Panik ist bei Gott kein Grund.“ Das Problem sieht Wölfi im Geburtenrückgang. „Dafür kann die Politik nichts. Das ist ein gesellschaftli-



H. Behringer

ches Problem.“ Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter will Kirchturndenken überwinden. Jammern bringe nichts, so Bernreiter: „Wir müssen den Tatsachen ins Auge schauen. Wir müssen uns attraktiv machen, Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern neu schaffen. Zuerst sind wir vor Ort gefragt.“

Einen Verlust von 3000 Einwohnern beklagte stv. Landrat Helmut Behringer (Freyung-Grafenau) und im gleichen Zug auch den Verlust von 3000 sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen. „Wir bluten aus“, sagt er. Immer mehr der 10 000 Auspendler könnten dem Landkreis den Rücken kehren. „Wir hatten heuer 200 Abiturienten, die jetzt ihr Studium beginnen. Viele von ihnen kommen danach nicht mehr in ihre Heimat zurück, weil es zu wenig

qualifizierte Arbeitsplätze gibt.“ Was die Wirtschaftsförderung und die Infrastruktur angehe, habe die Politik versagt und keine neuen Programme aufgelegt. „Seit 60 Jahren gibt es keine vernünftige Straßenanbindung zur Donau oder zur Autobahn hin. Seit die Grenzlandförderung weggefallen ist, werden wir wie die Landkreise Erding oder Dachau behandelt. Das geht nicht. Die Regierung muss uns helfen, alleine schaffen wir das nicht.“

Den Verlust von mehr als 1000 gewerblichen Arbeitnehmern und von Schulen beklagte auch Bürgermeister Josef Würzinger aus Oberzell. Die Folge sei, dass sich der Ortskern „leere“. Auch Verbandsvorsitzender Landrat Alfred Reisinger forderte von der Politik, alles zu tun, um die Region attraktiver zu machen: „Damit wir im Wettbewerb der Regionen nicht zurückfallen.“ Wenn nötig, so kündigte er an, werde man zu den drängenden Fragen mit Resolutionen an die Öffentlichkeit gehen.